

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Klepsch & Reichardt in Dresden.

**Carneval! Confetti : Luftschlangen :: Pritschen : Masken : Mützen**  
en gros u. en detail :: Cotillonfabr. **Oscar Fischer**, Am See 21, l.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**Wegzug - Gedächtnis**  
Die Dresdner...  
Telegraphische Adressen: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3401.

**Anzeigen-Tarif.**  
Annahme von Anzeigen...  
Jedes Blatt kostet 10 Pf.

**Kretzschmar, Bösenberg & Co.**  
Königl. Sächs. Hoflieferanten  
Sorrosstrasse 5 und 7 nahe Pirnaischer Platz

**Wie beleuchten wir unsere Wohnräume?**  
Dieses kleine Büchlein enthält alles für das Publikum Wissenswertes über die Beleuchtung der Wohnräume...  
Kocher und Platten versehen. Wir geben dasselbe an Interessenten gratis ab.

**Kompl. Wohnungs-Beleuchtungseinrichtung:**  
Salon: 3armige Bronzekrone, Gesamtpreis Mark 50.-  
Wohnzimmer: Messing-Zuglampe, mit Perlbehang.  
Korridor: Messing-Lyra mit Kleinsteller, Teilzahlungen gern gestattet.  
Küche: Lyra und Kocher mit Schlauch.

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutsch u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

**Für eilige Leser.**  
Entwöhnliche Bitterung: Südwestwind, mild, trocken.  
In der Zweiten Kammer wurde gestern der Volksentscheid über die Deputation übergeben.  
Der neuernannte Gouverneur von Kamerun, Dr. Ebermayer, tritt am 9. März die Reise in das Schutzgebiet an.  
Die bisherige Reichstagsfraktion „Wirtschaftliche Vereinigung“ hat beschlossen, von einer neuen Konstituierung abzusehen.  
Die erste Straßenbahn Deutschlands mit benzol-elektrischem Betrieb wird Mitte Februar auf der Strecke Grünau-Schmiedwitz dem Verkehr übergeben.  
In Spanien und Portugal verursachten Überschwemmungen großen Schaden.

er wird damit allerdings in ein kritisches Stadium treten. Das Anschwellen der äußersten Linken gefährdet tatsächlich die Fortsetzung unserer Schutzpolitik. Die Entscheidung liegt hier bei den Nationalliberalen, die in diesem Falle das Jünglein an der Waage bilden. Das schließlich das langersehnte Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz endlich dem Reichstage vorgelegt wird, wird jeden Deutschen mit Genugtuung erfüllen.  
In richtiger Erkenntnis der politischen Lage kündigt die Thronrede eine Verstärkung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande an. Als seinerzeit die Marokkokrise mit dem diplomatischen Rückzuge Deutschlands endigte, ist an dieser Stelle ausführlich dargelegt worden, daß die Regierung die Pflicht habe, unsere Wehrkraft zu stärken, falls unsere diplomatische Niederlage auf unsere militärische Unterlegenheit zurückzuführen sei. Obwohl die Regierung sich gegen diese Auffassung verwahrt hat, hat sie jetzt praktisch doch die Konsequenz aus den Ereignissen des Jahres 1911 gezogen. Keine bürgerliche Partei kann jetzt der Regierung die Mittel zur Durchführung dieser Wehrvorlagen verweigern; das hieße Verrat üben am Vaterland. Bismarck sicher ist allerdings, daß die Frage, wie die Mittel beschafft werden sollen, zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bürgerlichen Parteien führen wird. Es wäre jedenfalls gut, wenn die Regierung dem Reichsrat über die Wehrvorlagen möglichst bald ein Ende machen würde. Die Betonung unserer Bündnisse schließlich mit Oesterreich-Ungarn und Italien läßt die Vermutung wahrscheinlich sein, daß der Dreibund noch lange nicht im Sterben liegt. Das ist die positive Seite des Regierungsprogramms, es kommt nun die negative, die, wie oben erwähnt, ungemein bemerkenswert ist.

dann offenbaren, wenn ein wahrer Führer des Volkes sie zu wecken versteht. Der Führer ist zur Stunde noch nicht gefunden.  
Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Thronrede enthält keine ins einzelne gehende Aufzählung der Aufgaben des neuen Reichstages. Sie läßt aber die Grundlinien klar erkennen, die die Reichsregierung in den Fragen der inneren und äußeren Politik zu verfolgen gedenkt. In zuverlässiger Sprache wendet sich die Thronrede an die vaterländischen Gemüthen des Reichstages und der arbeitsamen Bevölkerung. Möge das feste Vertrauen in die Zukunft unseres Volkes, von der die kaiserliche Kundgebung getragen ist, durch die Arbeit des Reichstages gestärkt werden. In den wenigen Aufzählungen der nächsten Session, die in der Thronrede ausdrücklich genannt sind, gehören die neuen Wehrforderungen. Auf Einzelheiten ist auch hier die Thronrede nicht eingegangen. Der Grund ist darin zu sehen, daß die Anforderungen militärischer und finanzieller Natur den Bundesrat noch nicht beschäftigt haben.

**Die Thronrede.**  
Der neue Reichstag ist eröffnet worden. Im Welken Saal des Kammerschlosses haben die Abgeordneten in gewohnter Weise die kaiserliche Thronrede angehört, die Hoffnungen der Linken, daß der Kaiser diesen Reichstag persönlich im Reichstagsgebäude eröffnen würde, haben sich nicht erfüllt. Auch vieles andere hat sich nicht erfüllt, was sensationellere Blätter prophezeit hatten. Die kaiserliche Thronrede ist diesmal bereits vor ihrem Erscheinen der Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, man konnte in „eingeweihten“ Kreisen allerhand interessantes vernahmen über den Inhalt der Thronrede, die angeblich der Rechten einige „bittere Wahrheiten“ sagen sollte. Das wäre eine Sensation gewesen, aber die Sensation blieb aus. Die Thronrede vermeidet es peinlich, auf irgendwelche innerpolitischen Fragen, die auch nur eine geringe parteipolitische Färbung haben könnten, einzugehen. Trotz der vielen positiven Aufgaben aber, die in der Thronrede angedeutet werden, wird man schließlich zugeben müssen, daß das Bemerkenswerteste an diesem Regierungsprogramm das ist, was nicht in ihm enthalten ist. Eingermessen auffallend ist die starke Betonung der sozialen Fürsorge auch in der neuen Thronrede. Mit der Reichsversicherungsordnung und der Privatbeamtenversicherung dürfte zunächst ein Ziel erreicht sein, dessen Ueberschreitung weiten Kreisen unseres Volkes nicht wünschenswert erscheint. Unsere Industrie hat mit dem Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung eine ungewöhnlich schwere Last auf sich nehmen müssen, die ihr den Wettbewerb mit den nicht annähernd so belasteten Industrien des Auslandes in der Tat ungemein erschwert. Erst kürzlich hat auf der Generalversammlung des Verbandes württembergischer Industrieller Herr Dr. Stresemann unter dem Beifall der Zuhörer erklärt, es sei Pflicht gegen die Allgemeinheit, daß auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge Ruhe eintrete. Dieser Standpunkt wird wohl in den meisten bürgerlichen Kreisen geteilt werden. Wenn nun die Thronrede abermals die Notwendigkeit sozialer Fürsorge ausdrücklich betont, so scheint die Regierung neue sozialpolitische Vorlagen zu planen. Das muß angesichts der oben erwähnten Tatsachen wundernehmen. Da auch die Nationalliberalen unmöglich eine neue Belastung der Industrie durch irgendwelche sozialpolitischen Gesetze wünschen können, so kann man in diesem Fallus des in der Thronrede entwickelten Regierungsprogramms nur ein Zugeständnis an die äußerste Linke erblicken.  
Sehr zu begrüßen ist die klare Feststellung, daß die Finanzen des Reiches festen Halt gewonnen haben und die völlige Gesundung der Reichsfinanzen binnen kurzem erzielt sein werde. Das krampfhaft Bemühen radikaler Statistiker, ein Fiasko der Reichsfinanzreform herbeizuführen, ist damit endgültig ad absurdum geführt, die Reichsfinanzreform hat ihr Ziel erreicht, sie hat dem Reich wirtschaftlich festen Halt gegeben. Die Parteien, die an ihrem Zustandekommen positiv mitgearbeitet haben, haben also den Dank des Vaterlandes verdient. Sehr erfreulich ist ferner die Erklärung, daß die Grundlage unserer Politik nicht verlassen werden wird. Der neue Reichstag wird, vorausgesetzt, daß er nicht ein frühzeitiges Ende findet, sich in den nächsten Jahren mit der Erneuerung verschiedener Handelsverträge zu befassen haben, und

Die Niederlage der bürgerlichen Parteien bei den Reichstagswahlen und der Sieg der antimonarchischen Sozialdemokratie hätte die Regierung mit zwingender Gewalt dazu führen müssen, die Sammlung des Bürgerertums, die Sammlung aller nationalen und monarchischen Elemente als ersten Punkt ihres Programms offiziell festzusetzen. Der Reichsanstalt hat zwar wiederholt von einem Zwang zum Schaffen gesprochen, er hat es aber nicht für nötig gehalten, die Sammlung aller staats-erhaltenden Elemente in sein Programm aufzunehmen. Bedenkt man ferner das Fehlen jedes Hinweises auf ein Schutzgesetz für Arbeitswillige, eine Forderung, deren Erfüllung sich kaum noch aussprechen läßt, und die starke Betonung der sozialen Fürsorge, so ist es kaum noch zweifelhaft, daß der Kanzler sich mit den jetzigen Parteiverhältnissen abfinden und die Wehrheiten im Reichstag nehmen wird, wie sie kommen werden. Der Kanzler läßt die Dinge an sich herantreten, ein Verfahren, das zur Signatur seiner Kanzlerschaft gehört. Die Gegenrichtung gegen die Sozialdemokratie hindert ihn nicht, gelegentlich mit dieser Partei zu arbeiten, wie die reichslandische Verfassungsvorlage gezeigt hat. Das ist ein bequemeres System, es fragt sich nur, wie schließlich seine Wirkung sein wird.  
Es geht auf die Dauer nicht an, die Sozialdemokratie als eine staatsfeindliche Partei zu bezeichnen, trotzdem ihre Mitarbeit aber anzunehmen. Das ist ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. In der Praxis wird es immer so sein, daß die Wähler sich sagen werden, eine Partei, mit deren Hilfe die Regierung Gesetze macht, kann doch unmöglich staatsfeindlich sein. Dieser Gesichtspunkt wird von der Sozialdemokratie selber weidlich ausgenutzt, er hat ihr namentlich im Süden des Reiches zahllose Stimmen zugeführt. Es ist aber unfinnig, die Großblodpolitik, sagen wir einmal Badens, theoretisch als falsch zu bezeichnen, praktisch aber genau dasselbe zu tun, was die Regierung Badens tut, nämlich die Mitarbeit der Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen. Dadurch wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie in der Tat ein Spiel mit Worten, das niemand ernst nehmen kann. Eine zielbewusste deutsche Regierung kann nur auf dem Standpunkt stehen, den der sächsische Staatsminister Graf Vitzthum von Eckardt dahin gekennzeichnet hat, daß die Regierung mit der wirklichen Arbeiterschaft gern, mit der revolutionären Sozialdemokratie niemals eine Verständigung suchen könne. Jedes Paktieren mit der Sozialdemokratie läuft letzten Endes auf eine Schwächung der Monarchie aus, darin liegt die größte Gefahr der jetzigen Situation. Wir haben allerdings auch das Vertrauen „auf die gesunde Kraft des deutschen Volkes“, von der die Thronrede spricht, und glauben, daß diese gesunde Kraft die jetzigen ungelunden Zustände beseitigen wird. Diese gesunde Kraft wird sich aber nur

## Neueste Drahtmeldungen

**Weitere Vorklärungen zur Thronrede.**  
Berlin, (Priv. Tel.) Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Das erste Wort der Thronrede gibt den neuen Situation. Es ist die feierliche Zusage, daß das feste Gefüge des Reiches und die staatliche Ordnung unverändert erhalten werden sollen. Auf dieses Wort haben wir vertrauensvoll gehofft. Die Wahl von 110 Revolutionären und 50 Verbündeten in den deutschen Reichstag bedeutet wenig, wenn die Regierung entschlossen bleibt, an dem festen Gefüge des Reiches und der staatlichen Ordnung nicht rütteln zu lassen. In einem monarchischen Staate kann keine Parteikonkurrenz das Ziel einer gerechten Regierung verrücken; die Wohlfahrt aller Schichten und Stände des Volkes zu wehren! Das ist die Thronrede dies vor dem neuen Reichstage zugleich feststellt, wird hoffentlich auf die Gemüter der Wähler aller Parteien beruhigend wirken. Sie nennt die soziale Fürsorge zuerst und beruft sich auf die sozialpolitischen Taten des vorigen Reichstages, an denen die Sozialdemokratie keinen Anteil hat. So ist zu erwarten, daß auch künftig die Regierung und nicht die Sozialdemokratie die Führung haben werde in der Anpassung der sozialen Leistungen an die mit der Zeit sich ergebenden Veränderungen der sozialen Zustände. Die erfreulichen Worte der Thronrede über die Finanzlage werden denjenigen Parteien, die für die Finanzlage schwere Opfer gebracht haben, aber auch allen Steuerzahlern, die mit ihrer Arbeit aufkommen für die Bedürfnisse des Reiches, Genugtuung bereiten. Das die Grundlagen unserer segensreichen Sozialpolitik festgehalten werden sollen, damit ist eine große Mehrheit der neuen Reichstagsmitglieder einverstanden. Wohl eine noch größere Mehrheit stellt sich auf die Seite der Regierung, wenn sie nunmehr endlich Ernst damit macht, unsere Wehrmacht zu Lande und zur See unserer Wehrkraft so anzupassen, wie die anderen europäischen Staaten dies tun. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches ist wieder so weit erkrankt, daß zwischen ihr und der Zahl der eingestellten wehrfähigen Mannschaften ein Mißverhältnis entstanden ist; namentlich, wenn wir uns mit Frankreich vergleichen. Deutschland ist auch heute noch nicht aggressiv. Es rührt nur innerhalb der offenkundigen Notwendigkeit, kann sich aber darin auch keine Vorurteile von bezogenen Ausländern machen lassen. In dieser Ueberzeugung sind die Deutschen in ihrer großen Mehrheit einig als je zuvor.“  
— Was der „Deutschen Tageszeitung“ zunächst an der diesjährigen Thronrede gefällt, ist, daß man die trodene Aufzählung der kleinen Gegebenheiten, die dem Reichstage zugeordnet sind, unterlassen hat. Die Thronrede, fährt das Blatt fort, hebt mit Recht hervor, daß der soziale Welt, aus dem die Verhältnisse eine Folge hervorgegangen seien, auch fernerhin wachen müsse. Vielleicht hätte hinzugefügt werden können, daß in Zukunft die soziale Fürsorge sich nicht auf die Lohnarbeiter beschränken dürfe, sondern in angemessener Weise auf den selbständigen und werktätigen Mittelstand ausgedehnt werden müsse. Mit nicht geringerer Rechte wird in der Thronrede der verhältnismäßig günstige Stand der Finanzen des Reiches betont. Vielleicht hätte aber auch hier ein Wort eingefügt werden können, daß dieser günstige Stand den Abgeordneten und Parteien mit in der Hauptsache zu danken ist, die im vorigen Reichstag das böse Odium der Steuerbewilligung auf sich genommen haben. Es gereicht uns zur Befriedigung, daß die verbündeten Regierungen auch in der Thronrede ihren Entschluß bekundet haben, die Grundlage unserer Sozialpolitik auch künftig bei Vorbereitung und Abschluß neuer Handelsverträge nicht zu verlassen. Es ist richtig, daß die Landwirtschaft allmählich wieder emporgehoben ist und daß sie diese Blüte zum großen Teil der steigenden Vervollkommnung ihrer Technik verdankt. Vielleicht hätte hier ein Wort einfließen können über die schwere Zeit, die jetzt infolge der eigentümlichen Witterungsverhältnisse des vergangenen Jahres über die Landwirtschaft hereinbrochen ist. Vielleicht wäre es nicht unweidmässig gewesen, mit einer kurzen Wendung anzudeuten, daß an den für die Konsumenten fühlbaren Folgen dieser Witterungsverhältnisse

Erst Pfunds Yoghurt!